

Info-Mail



Von: Besseres Lernen [mailto:pressestelle@wir-wollen-lernen.de]
Gesendet: Dienstag, 17. April 2012 09:25
An: "pressestelle@wir-wollen-lernen.de" (pressestelle@wir-wollen-lernen.de)
Betreff: Senatspapier: Spaltung von Schulbau Hamburg - Investitionen nur noch gegen Einsparungen

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,
liebe Eltern und Großeltern, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Lehrkräfte, liebe Schulsekretariate
und liebe Schulleitungen,

geht es nach einem **internen Senatspapier**, das „Wir wollen lernen!“ aus für gewöhnlich gut unterrichteten Quellen erhalten hat, kommen in Sachen Schulbau und Einsparungen auf die Hamburger Schulen und Schulleitungen schwere Zeiten zu. Das Senatspapier, das den Dokumenteneigenschaften zufolge Dr. Christoph Krupp, dem Chef der Senatskanzlei, verfasst worden ist, stellen wir für Sie unter folgendem Link bereit:

Senatspapier v. 10.4.2012: **Neuausrichtung der Bewirtschaftung der staatlichen Schulgebäude in Hamburg**

http://www.wir-wollen-lernen.de/wp-content/uploads/2012/03/Senatspapier_Neuausrichtung_Schulbau_20120410.pdf

[handschriftliche Anmerkungen im Senatspapier und Hervorhebungen in den folgenden Zitaten von „Wir wollen lernen!“]

Da die **„mit der Gründung von Schulbau Hamburg formulierten Erwartungen ... nur teilweise erfüllt“** worden seien, so heißt es in dem Papier, solle eine **„objektbezogene Miete“** für die Hamburger Schulgebäude eingeführt werden (a.a.O., S. 1): Zu diesem Zweck solle Schulbau Hamburg gespalten und künftig in einen Eigentümer der Immobilien als **„reinen Vermögensträger (SBH Vermögen)“** und einen **„immobilienwirtschaftlichen Dienstleister (SBH Dienstleistung)“** getrennt werden (a.a.O., S. 2), wobei der Geschäftsführer der SBH Dienstleistung personenidentisch mit dem Geschäftsführer der Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbeimmobilien mbH (GWG Gewerbe) sein solle - man darf gespannt sein, wer diesen Posten bekommt.

Für die Schulen wird es auf Seite 4 des Senatspapiers interessant: **„Die BSB“**, so ist dort zu lesen, **„muss für jeden Schulstandort als Mieterin hinsichtlich des Flächenverbrauchs, der Ausstattungsstandards und der Kostenansätze je Schüler beurteilen können, welche Kosten durch die Inanspruchnahme dieses Standortes verursacht werden, ob sie die Kosten in ihrem Mietbudget abbilden kann und ob diese im Verhältnis zum Nutzen gerechtfertigt sind. Jede Mehranforderung führt zu einer Erhöhung der Miete, die im Rahmen des Gesamtbudgets der BSB auszusteuern und abzudecken ist“** (a.a.O., S. 4). **„Neu-, Zu- und Umbau- sowie Modernisierungsmaßnahmen, die über die Instandhaltung hinausgehen, werden in der Regel zu Mietanpassungen führen.“** (a.a.O., S. 4f.). Noch deutlicher wird das Senatspapier auf Seite 6, wo betont wird, dass **„zukünftig jeder Flächen- oder Ausstattungsmehrbedarf zu Kosten- und damit Mieterhöhungen führt, die im Gesamtbudget der BSB ausgesteuert werden müssen“**:

„Mehrbedarfe erfordern also Einsparungen im Schulbudget an anderer Stelle. Von daher sind in Zukunft Budgets je Schulstandort erforderlich, die Mieten, Personal- und Sachkosten beinhalten und auf der Ebene der Schulaufsichtsbezirke zu Gruppen zusammengefasst sind.“ (a.a.O., S. 6)

Mit anderen Worten: Möchte eine Schulleitung künftig einen dringend erforderlichen Ausbau oder eine Erweiterung bei der Behörde anmelden, muss sie zunächst einmal mitteilen, an welcher Stelle sie die Kosten dafür einzusparen kann.

Die Spaltung von Schulbau Hamburg und das Einführen einer objektbezogenen Miete und von Budgets je Schulstandort ist im Ergebnis ein schlichtes Sparmodell!

Angesichts des Sanierungsstaus in Höhe von mehr als 3 Milliarden Euro an den Hamburger Schulen würde die geplante Verpflichtung zu Gegensparmaßnahmen, sollte sie umgesetzt werden,

zwangsläufig zu **erheblichen Einsparungen bei der personellen und sachlichen Ausstattung der Hamburger Schulen als Gegenfinanzierung** führen. **Eine qualitative Verschlechterung der eigentlichen Aufgabe von Schule – guter Unterricht – wäre damit vorprogrammiert.**

Vor diesem Hintergrund bleibt abzuwarten, ob Schulsenator Rabe und Finanzsenator Tschentscher, an die sie das Senatspapier richtet, mit der Umsetzung des Senatspapiers ernst machen.

Herzliche Grüße,
Ihr Team „Wir wollen lernen!“

**„Wir wollen lernen!“
Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.**

Dr. Walter Scheuerl (Sprecher)
Tel.: +49 (0)40 359 22-270
Mobil: +49 (0)172 43 53 741
Fax: +49 (0) 40 359 22-187
E-mail: walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de
Internet: www.wir-wollen-lernen.de

Am 18.7.2010 konnten die Primarschul-Pläne mit dem erfolgreichen Volksentscheid endgültig - und für Senat und Bürgerschaft verbindlich - gestoppt werden! Mit der Verabschiedung des 14. Änderungsgesetzes zum Hamburger Schulgesetz am 15.9.2010 ist der Volksentscheid erfolgreich umgesetzt worden. Die Volksinitiative "Wir wollen lernen!" hat durch zweieinhalb Jahre ehrenamtliches Engagement vieler Tausend Hamburgerinnen und Hamburger viel erreicht:

- Erhaltung der Grundschulen bis Klasse 4
- Erhaltung der weiterführenden Schulen ab Klasse 5
- Erhaltung des Elternwahlrechts für die Schulform der weiterführenden Schulen
- Erhaltung der Gymnasien mit eigenständigem Bildungsauftrag und Beobachtungsstufe
- Sicherstellung verlässlicher und transparenter Informationen für die Eltern durch Schullaufbahnpflicht als Einschätzung der Zeugniskonferenz in Klasse 4, die den Eltern auch auszuhändigen ist
- Ein individuelles Recht der Eltern auf begleitende Notenzeugnisse auch schon in Klasse 3 sowie
- gegenüber der ursprünglichen Planung kleinere Klassen
- Abschaffung von Büchergeld.

Doch das Schulgesetz ist nur das Fundament für wirklich gute und erfolgreiche Schulen in Hamburg. Jetzt kommt es darauf an, dass das Ergebnis des Volksentscheids auch nachhaltig und ehrlich umgesetzt wird. Denn die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen wollen gute Schule leben!

„Wir wollen lernen!“- Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.
AG Hamburg, VR 20129, Vorstand: Ulf Bertheau, Dr. Walter Scheuerl, Ralf Sielmann

Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto Nr. 1280 / 310 689

Hinter der im Frühjahr 2008 gegründeten Initiative stehen engagierte Eltern, Lehrer, Schüler und Bürger aus allen Stadtteilen Hamburgs.